



Barthle-Brief

Nr. 23

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

6.2.2015

Thema der Woche:

Europa braucht Recht und Verlässlichkeit

Für Entscheidungen der linkspopulistischen Regierung in Griechenland darf nicht der Steuerzahler haften

Gleich zum Beginn dieser Sitzungswoche nahm der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, zu den Forderungen der neuen griechischen Regierung Stellung: „Was Griechenland betrifft, bleibt es bei den getroffenen Vereinbarungen. Griechenland hat bereits viel europäische Solidarität erfahren. Ich nenne nur den Schuldenschnitt. Für die Hilfen sind feste Regeln vereinbart worden. So haben wir immer Wert darauf gelegt, dass der Internationale Währungsfonds beteiligt ist. Wahlergebnisse ändern diese Verträge nicht. Schon gar nicht wird es einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland geben. Die Griechen müssen ihre Reform- und Sparanstrengungen fortsetzen. Schon gar nicht sind wir dazu bereit, Wahlversprechen einer links-populistischen Regierung in Griechenland mit deutschen Steuergeldern zu bezahlen.“

Im Übrigen stört uns auch der Ton aus Athen. So geht man in Europa nicht miteinander um. Auffallend ist übrigens, wie wenig Protest die unerträglichen jüdenfeindlichen Töne aus den Reihen der neuen griechischen Koalition in der deutschen Linkspartei, deren Spitzenkandidat Tsipras bei der Europawahl war, auslöst. Ganz anders war dies im linken Parteienspektrum noch bei einer viel weniger problematischen Konstellation, als Österreich zum Aussätzigen in der EU erklärt wurde. Europa ist mehr als Euro, Cent und Nothilfe. Dies wird in dieser Woche deutlich, wenn wir das Arbeitsprogramm der neuen Kommission debattieren.“

Hintergrund: Das von der EU-Kommission vorgelegte Arbeitsprogramm 2015 stand an diesem Donnerstag im Mittelpunkt der parlamentarischen Debatte. Das Arbeitsprogramm der EU-Kommission steht unter dem Motto:

Neustart für Wachstum, Jobs und Investitionen. Geplant ist eine Investitionsoffensive für Europa, mit der in den nächsten drei Jahren öffentliche und private Investitionen im Umfang von mindestens 315 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen. Des Weiteren sind unter anderem erste Schritte auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion und die Entwicklung eines neuen Konzepts für legale Migration geplant. Insgesamt enthält das Programm 23 Initiativen, bei denen sich die Kommission verbindlich verpflichtet, 2015 einen Vorschlag vorzulegen.

Volker Kauder zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission: „Es ist gut, dass die Europäische Kommission ihre Arbeit in dieser Wahlperiode weniger detailverliebt und insgesamt politischer anlegen will. In der Tat kommt es auf die großen Linien an, wenn Europa seinen Sinn deutlich machen will. Wir unterstützen daher sehr die Schwerpunkte: Subsidiarität, Vorrang von Wachstum und Investitionen, Bürokratieabbau, Binnenmarkt, Digitalisierung, das Bekenntnis zum Freihandel und eine intensive Rückbindung an die Mitgliedstaaten.“

Auch der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle, äußerte sich in dieser Woche zu Griechenland. Auf die Entscheidung der EZB, keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheiten für Bankkredite zu akzeptieren, angesprochen, sagte Barthle in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Das hat sicherlich Auswirkungen auf Griechenland. Aber im Grunde genommen hätte die neu gewählte griechische Regierung das voraussehen müssen und auch wissen müssen, dass es so kommt, denn der Herr Draghi tut nichts anderes, als sich an die Regeln zu halten,

die sowohl für die EZB als auch für alle anderen europäischen Länder gelten, und die lauten nun mal: Wenn ein Land kein Programmland mehr ist, also nicht unter einem Rettungsschirm ist, dann dürfen auch die jeweiligen Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten hinterlegt werden. Außerdem gibt es dann noch eine Obergrenze für das Aufkaufen von Staatsanleihen durch die EZB. Also dem Herrn Draghi sind da schlicht und einfach die Hände gebunden, und ich wundere mich, dass die neu gewählte Regierung in Griechenland diese Zusammenhänge nicht weiß und nicht kennt und sich entsprechend darauf einstellt, denn es war ja die neu gewählte Regierung in Griechenland, die gesagt hat, sie wollen aus dem laufenden Programm aussteigen, sie wollen das nicht beenden. Das ist dann ein sogenannter dirty exit und damit sind auch dem Herrn Draghi die Hände gebunden.“

Barthle zur Zahlungsfähigkeit von Griechenland weiter: „Bereits Ende Februar wird es für die griechischen Finanzen eng werden. Wenn das Programm verlängert werden kann, wozu es aber entsprechender Beschlüsse bedarf, dann hat Griechenland vielleicht noch zwei, drei Monate flüssige Mittel. Aber dann wird es sehr eng und dann kommt irgendwann der Tag, an dem Griechenland auf Hilfe von außen angewiesen sein wird, und darauf muss man sich einstellen. Bislang ist es ja so, dass nahezu stündlich andere Vorschläge aus Griechenland kommen, und deshalb rate ich uns sehr, von dem etwas doch forschen Auftreten uns weder irritieren, noch provozieren zu lassen, sondern in aller Ruhe abzuwarten, was die griechische Regierung bereit ist, auf den Verhandlungstisch zu legen. Denn nur etwas zu fordern, geht auch nicht, sondern die müssen etwas anbieten, das eine Perspektive eröffnet, dass dieses Land wieder auf eigene Beine kommt und nicht dauerhaft am Tropf anderer hängt. Momentan hat man den Eindruck, der griechischen Regierung geht es nur darum, ihre Schulden los zu werden oder frisches Geld zu bekommen. Das ist aber nicht der Weg in die Zukunft. Der Weg in die Zukunft ist, dass Griechenland selbst wieder in der Lage ist, sich Kredite zu beschaffen und sich damit unabhängig macht von externen Geldgebern.“

Fraktion trauert um Richard von Weizsäcker

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist im Alter von 94 Jahren gestorben. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, würdigte von Weizsäcker und dessen Arbeit für die Demokratie und das Ansehen Deutschlands in der Welt: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erinnert sich in besonderer Dankbarkeit an jene Jahre, in denen Richard von Weizsäcker in unseren Reihen war. Wir verlieren einen Politiker und Staatsmann, der die parlamentarische Demokratie in Deutschland über Jahrzehnte maßgeblich geprägt und Deutschlands Ansehen in der Welt gemehrt hat“, erklärte Kauder. Bereits drei Jahre nach seiner ersten Wahl zum Bundestagsabgeordneten wurde Richard von Weizsäcker 1972 Stellvertretender Vorsitzender der Unions-Fraktion. Von 1979 bis 1981 übte er das Amt des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages aus. In dieser Zeit hat er insbesondere die Deutschland- und Ostpolitik der CDU/CSU-Fraktion mitgeprägt.

Im Juli 1984 wurde von Weizsäcker Bundespräsident. Er hat die Versöhnung und Aussöhnung mit unseren Nachbarn in Europa und mit Israel als eine besondere Verpflichtung und Aufgabe empfunden und gelebt. Er tat dies im Bewusstsein der geschichtlichen Verantwortung Deutschlands. Als Präsident aller Deutschen wirkte er nach der Wiedervereinigung bei der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands mit. Richard von Weizsäcker wurde am 15. April 1920 als viertes Kind von Ernst und Marianne von Weizsäcker in Stuttgart geboren. Nach dem Abitur 1937 nahm er 1945 das Studium der Rechtswissenschaft auf und promovierte 1955 zum Dr. jur. Seit 1954 war er Mitglied der CDU, von 1966 bis 1984 Mitglied des Bundesvorstandes. In den Jahren von 1979 bis 1981 war von Weizsäcker Bundestagsvizepräsident, zwischen 1981 und 1984 Regierender Bürgermeister von Berlin. Am 1. Juli 1984 trat er das Amt des Bundespräsidenten an, dass er bis 1994 bekleidete.

Ein Trauergottesdienst für von Weizsäcker wird am 11. Februar 2015 um 11 Uhr im Berliner Dom stattfinden.

Generaldebatte im Plenum über die Sportpolitik

Wie steht es um die geplante Olympiabewerbung Hamburgs oder Berlins? Wann wird das Antidoping-Gesetz vorgelegt? Was muss bei den Kriterien für die Vergabe von Sportgroßeignissen künftig beachtet werden? Diese und andere sportpolitische Fragen diskutierte der Deutsche Bundestag an diesem Freitag. Grundlage für die Debatte war der 13. Sportbericht der Bundesregierung. In ihm zieht die Bundesregierung eine positive Bilanz der Sportpolitik im Zeitraum von 2010 bis 2013, die in der letzten Legislaturperiode maßgeblich durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion angestoßen und geprägt wurde.

Der Bericht würdigt insbesondere die hervorragenden Leistungen der deutschen Sportler in internationalen Wettbewerben in diesem Zeitraum, zu denen die Förderung des Spitzensports einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Die Rahmenbedingungen sind insbesondere auch beim Leistungssport von Menschen mit Behinderungen sowie für Trainer im Spitzensport verbessert worden. Auch werden Wege für eine effektivere Bekämpfung von Doping und von Manipulationen im Sport aufgezeigt, die aktuell auf der politischen Agenda stehen.

Ebenfalls im Bericht dokumentiert sind die „Berliner Erklärung“ des Jahres 2013 sowie die Umstände der deutschen Bewerbungen für die Ausrichtung internationaler Sportwettkämpfe. Der Bericht dokumentiert, wie die ressortübergreifenden sportpolitischen Maßnahmen zu einer Erfolgsbilanz des deutschen Sports beitragen, aber auch, wo ein effizienteres Handeln möglich ist. Er enthält das klare Bekenntnis, mit einer erneuten Olympiabewerbung den Standort Deutschland als Sportnation zu stärken.

Zitat

«We agree to disagree.»
(Wir sind uns einig, dass wir uns uneinig sind.)

(Mit diesen Worten hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Donnerstag in Berlin sein erstes Treffen mit dem neuen griechischen Finanzminister Giannis Varoufakis zusammengefasst)

Ein Wort in eigener Sache:

Seit 2009 habe ich als Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die erfolgreiche Sparpolitik der CDU-geführten Bundesregierungen mitgestalten dürfen. Mit der „Schwarzen Null“ im Haushaltsentwurf für 2015, mit der „Schwarzen Null“, die wir jetzt sogar schon für 2014 erreichen konnten, haben wir einen wirklichen Meilenstein erreicht. Ich bin dankbar, daß ich daran Anteil hatte.

Am Mittwoch hat mich die Bundeskanzlerin gefragt, ob ich Interesse hätte, als neuer Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur Mitglied der Bundesregierung zu werden.

Dieses Angebot habe ich gerne angenommen. Mit Freude und Energie werde ich mich jetzt darauf stürzen, die finanziellen Spielräume zu nutzen, die wir Haushälter – bei allen Sparerfolgen – gerade im Bereich der Infrastruktur geschaffen haben. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist gerade eine funktionierende Infrastruktur – ob aus Asphalt oder digital – von zentraler Bedeutung, und diese Bedeutung wird noch zunehmen. Daran jetzt in der „Exekutive“ mitwirken zu dürfen, erfüllt mich mit großer Vorfreude!